

## **Infobrief Nr. 16**

vom 09.06.2020

Liebe LSVB-Mitglieder, sehr geehrte Damen und Herren,

"Deutschland lockert sich" las ich neulich in einer Tageszeitung. Dass die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie beschlossenen **Grundrechtseinschränkungen** peu a peu aufgehoben werden, ist richtig. Es gelten aber in Bayern – zu Recht, wie ich meine - weiterhin die Maskenpflicht beim Einkaufen und im Nahverkehr sowie die Kontaktbeschränkungen. Das heißt: 1,5 Meter Abstand halten, nur Verwandte in gerader Linie und zwei Haushalte dürfen sich treffen.

Die Corona-Pandemie hängt wie das Damokles-Schwert über uns allen. Wie lange das noch so sein wird, ist ungewiss. Ich hoffe sehr, dass bis Ende des nächsten Jahres im Impfstoff gegen Covid 19 auf dem Markt sein wird und wir zu einem wohlbehüteten Leben zurückkehren können.

Trotz Corona-Pandemie dürfen die berechtigten Anliegen der älteren Menschen nicht vernachlässigt werden. Es ist Aufgabe und Verpflichtung der LSVB, auch während einer Krise den Finger in die Wunde zu legen und die Politik – vornehmlich Landes- und Kommunalpolitik – auf die Sorgen und Nöte der älteren Bevölkerung hinzuweisen und nach Möglichkeit für Abhilfe zu sorgen. Das ist alles andere als einfach, weil die Politik zwar viel über die alten Menschen redet, aber nicht mit ihnen. So hat beispielsweise die bayerische Gesundheitsministerin Melanie Huml einen Expertenrat zur Eindämmung der Corona-Pandemie in der Langzeitpflege Ihm gehören "Vertreter der Medizin, der Pflegewissenschaft, Pflegemanagements und der Einrichtungsleitung sowie der Pflegepädagogik, Ausbildung und Sozialwissenschaften" an, nicht aber Vertretungen der Seniorenräte oder der LandesSeniorenVertretung. Ein weiteres großes Ärgernis besteht darin, dass Politik und leider auch die Medien alle alten Menschen ausnahmslos als Risikogruppe bezeichnet. Das ist diskriminierend. Nicht das Lebensalter allein ist das Risiko für Covid-19, sondern Gesundheitszustand und Vorerkrankungen, die mit steigendem Lebensalter natürlich zunehmen. Zu dem Themenbereich "Corona-Pandemie und Auswirkungen auf die ältere Bevölkerung" habe ich eine Reihe von Pressemitteilungen veröffentlicht, die Sie alle auf unserer Homepage nachlesen können.

Auch während der Corona-Pandemie stehe ich mit den maßgeblichen Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitikern unseres Landes in Kontakt. Ich führe zwar keine Gespräche vor Ort. Es gibt aber eine Reihe von Kommunikationsmitteln, die einen Gedankenaustausch ermöglichen, ohne dass man sich "Auge in Auge" gegenüber sitzt. Beispielsweise habe ich Gespräche geführt mit der Bayerischen Sozialministerin, Frau Carolina Trautner, MdL; der Vorsitzenden des

Sozialpolitischen Ausschusses des Bayerischen Landtags, Frau Doris Rauscher, MdL (SPD); dem stellvertretenden Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses des Bayerischen Landtags und sozialpolitischen Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, Herrn Thomas Huber, MdL; der sozialpolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frau Kerstin Celina, MdL; dem seniorenpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herrn Andreas Krahl, MdL; und der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und sozialpolitischen Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Frau Julika Sandt, MdL. Ein Gespräch mit dem sozialpolitischen Sprecher der Freie Wähler-Landtagsfraktion, Herr Johann Häusler, MdL, ist geplant.

Alle genannten Politikerinnen und Politiker mit Ausnahme von Frau Sandt (FDP) stehen einem bayerischen Seniorenmitwirkungsgesetz aufgeschlossen gegenüber. Frau Sandt möchte zunächst einmal Beratungsgremien für diejenigen schaffen, die noch kein Wahlrecht haben.

Die SPD-Landtagsfraktion hat, wie Sie der Presse entnehmen konnten, im Landtag den Entwurf eines Gesetzes für ein Bayerisches Seniorinnen- und Seniorenmitwirkungsgesetz eingebracht. Der Gesetzentwurf wurde am 28. 5. in erster Lesung im Bayerischen Landtag behandelt. Obwohl der SPD-Gesetzentwurf nicht in allen Punkten den Vorstellungen der LSVB entspricht, ist er geeignet, die Mitwirkungsrechte der Seniorinnen und Senioren signifikant zu stärken. Der Entwurf schaffe eine gesetzliche Grundlage für die Einrichtung von Seniorenbeiräten in allen bayerischen Gemeinden und garantiere Mindeststandards bei der Mitwirkung in seniorenpolitischen Angelegenheiten, wie beispielsweise Anträge zu stellen sowie Anfragen, Anregungen, Empfehlungen und Stellungnahmen an die Gemeindeorgane und die Verwaltung der Gemeinde zu richten. Darüber hinaus sehe der Gesetzentwurf die Gründung eines politisch unabhängigen Landesseniorenrates vor, der von der Bayerischen Staatsregierung in allen seniorenpolitischen Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung zu beteiligen sei.

Andreas Krahl, MdL (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßte die Einrichtung von Seniorenräten, sprach sich aber gegen eine entsprechende Verpflichtung der Kommunen aus.

Der Vertreter der AfD, Herr Ulrich Singer, MdL, sprach sich in einer polemisch gehaltenen Rede gegen jedwede Seniorenmitwirkung aus, gleichgültig, ob gesetzlich geregelt oder auf freiwilliger Basis.

Mit großer Genugtuung habe ich die Redebeiträge der Vertreter der Bayernkoalition zur Kenntnis genommen. Herr Thomas Huber, MdL (CSU), verwies darauf, dass die LSVB schon heute "eine aktive und wirklich kompetente Stimme der älteren Menschen in Bayern" sei. Bei der Erarbeitung eines Seniorenmitwirkungsgesetzes dürfe auf die guten, gewachsenen Strukturen der LSVB, die tief in den Kommunen vor Ort verwurzelt seien, nicht verzichtet CSU-Landtagsfraktion sei bereit, bei der Erarbeitung Seniorenmitwirkungsgesetzes mit allen im Landtag vertretenen Parteien zusammenzuarbeiten und hierbei die LSVB mit einzubinden. Herr Johann Häusler, MdL (FW), verkündete, dass innerhalb der Bayernkoalition verabredet worden sei, noch in diesem Jahr das im Koalitionsvertrag vorgesehene Seniorenmitwirkungsgesetz auf den Weg zu bringen. Den Freien Wählern sei es wichtig, dass die Bevölkerungsgruppe, der auf Grund der demographischen Entwicklung ein immer größeres Gewicht in unserer Gesellschaft zukomme, entsprechend eingebunden werde, ihr Verantwortung übertragen und ihr großes Potential genutzt werde. Es sei wichtig, dass sie nicht nur vertreten, sondern auch Verantwortung auf allen Ebenen des politischen Geschehens übernehme und mitgestalte.

begeistert von einem Seniorenmitwirkungsgesetz sind die Spitzenverbände. Herr Thomas Huber, MdL (CSU) hatte sie Anfang dieses Jahres zu einem Gespräch in den Landtag eingeladen. In dieser Besprechung, an der ich teilnehmen konnte, habe ich den Eindruck gewonnen, dass die Kommunalen Spitzenverbände befürchten, durch ein Seniorenmitwirkungsgesetz würde das kommunale Selbstverwaltungsrecht "ausgehebelt". Dass dem nicht so ist, habe ich in meinem Artikel "Seniorenmitwirkungsgesetz – Lackmustest für CSU und FW - überzeugend dargelegt. Der Artikel ist abgedruckt in unseren LSVB-Nachrichten Nr. 1/2020, S. 4 ff. Natürlich bin ich mir bewusst, dass man in Rechtsfragen durchaus unterschiedlicher Meinung sein kann und letzten Endes die Gerichtsbarkeit entscheidet, was richtig und was falsch ist. Sollten Staatsregierung und Kommunale Spitzenverbände in puncto "Eingriff in das kommunale Selbstverwaltungsrecht: ja oder nein" unterschiedlicher Meinung sein, würde diese Streitfrage nicht rechtlich ausdiskutiert, sondern politisch entschieden. Und das würde wohl bedeuten, dass die Staatsregierung auf die Auffassung der Kommunalen Spitzenverbände einlenkt.

Wie gering das Interesse des Bayerischen Städtetages, einer der vier Kommunalen Spitzenverbände, an dem Wirken der LSVB und damit an Seniorenpolitik ist, habe ich vor wenigen Tagen hautnah erfahren: Der Pressesprecher des Bayerischen Städtetages hat mich unter Verweis auf den Datenschutz gebeten, ihn aus unserem Presseverteiler zu streichen. Ich interpretiere diesen Wunsch so, dass der Bayerische Städtetag mit Pressemitteilungen der LSVB nicht behelligt werden will, was mich sehr überrascht, ist doch Altenpolitik Aufgabe der Kommunen, zwar nicht Pflichtaufgabe, aber immerhin verankert im Bereich des pflichtgemäßen Ermessens der Kommunen.

Zu guter Letzt möchte ich es nicht versäumen, mich beim Kollegen Bernd Fischer, dem Vorsitzenden unseres Beirates, und den Mitgliedern des Beirates ganz herzlich zu bedanken. Er und die Mitglieder des Beirates greifen auch in dieser schwierigen Zeit, in der wir zur Zeit



Vorsitzender der LSVB

leben (müssen), wichtige seniorenpolitische Anliegen auf und versuchen, sie einer im Interesse der älteren Menschen liegenden Lösung zuzuführen. Bezüglich der Einzelheiten darf ich auf seinen Bericht in diesem Info-Brief verweisen.

Ich wünsche Ihnen allen alles Gute, vor allem, dass Covid 19 einen Riesenbogen um Sie macht. In diesem Sinne verbleibe ich

mit besten Grüßen Ihr

Franz Wölfl

Das vorläufige Plenarprotokoll zum Gesetzentwurf der SPD können Sie <u>hier</u> downloaden. Siehe Seite 5845 bis 5855

Die Videoaufzeichnung der Sitzung finden Sie hier!

## **Bericht aus dem Beirat**

Seit 18.10.2019 darf ich nun das Amt des Beiratsvorsitzenden ausüben. Zeit einen kurzen Zwischenbericht abzugeben.

Dieser war für den 18.04.2019 geplant. Doch durch die Beschränkungen die die Politik wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie für notwendig erachtete und nach wie vor für erforderlich ansieht, konnte unsere geplante Beiratssitzung Ende März nicht stattfinden. Da derzeit Präsenzsitzungen derzeit und auch auf absehbare Zeit noch nicht möglich sind, habe ich vorgeschlagen, dass sich der Beirat im Rahmen einer Videokonferenz trifft. Leider konnten sich nicht alle Beiratsmitglieder mit dieser Lösung anfreunden.

Dennoch trifft sich ein Kreis von zurzeit 7 Beiratsmitgliedern aus fast allen Bezirken im 14-tägigen Rhythmus zu einer Videokonferenz. Die Dauer war bisher auf 40 Minuten beschränkt. Da jedoch der Vorstand beschlossen hat, ein Abo bei der Videoplattform Zoom abzuschliessen, können die folgenden Treffen nun individuell gestaltet werden. In diesen Sitzungen werden Themen, die durch die Pandemiesituation geprägt sind, aber auch andere besprochen und versucht Lösungen zu erarbeiten.

So wurde zum Beispiel der erfolgreiche Antrag des Bezirkes Unterfranken der LandesSeniorenvertretung beim Sozialausschuss des jeweiligen Bezirkes besprochen. Ergebnis war, dass jedem Bezirk empfohlen wird, einen solchen Antrag zu stellen. Der Mustertext wurde von mir an die jeweiligen Bezirkssprecher weitergeleitet. Sollte er allerdings nicht vorliegen, kann er bei mir angefordert werden.

Weiterhin wurde ein Antrag des Seniorenrates Fürth zum Thema "Einheitliches Zukunftskonzept für alle Altersgeld Bezieher" besprochen. Hier konnte ich darauf hinweisen, dass bereits 2 Vorstandsmitglieder mit der Erstellung eines Positionspapiers beauftragt sind. Deshalb wurde vorgeschlagen, dass der Antrag des Seniorenrates Fürth an den Vorstand weitergeleitet wird. Dies ist auch geschehen.

Ein weiteres Thema waren auf fast allen Sitzungen die Beschränkungen für die Senioren. Insbesondere die Situation zu den fehlenden Schutzausrüstungen, sowie den Hygienevorgaben in den Alten- und Pflegeheimen wurde besprochen.

Besonders stach hierbei eine Anfrage betreffend eines kirchlichen Trostes über Rundfunk und/oder Fernsehen heraus. Dieser Wunsch wurde an den LSVB-Vorsitzenden weitergeleitet. In der letzten Videokonferenz am 26.05.2020 konnten wir als Gast Frau Prof. Wintergerst von der FH Würzburg/Schweinfurt begrüßen. Diese referierte über die Notwendigkeit einer Fortbildung ehrenamtlich Tätiger in Seniorengremien. Die Diskussion dazu war so lebhaft, dass der beschränkte Zeitrahmen nicht ausreichte.

In der weiteren Diskussion kamen die Teilnehmer allerdings zum Ergebnis, dass mit Hilfe von Frau Prof. Wintergerst ein "Starterpaket" erarbeitet wird, dass die ehrenamtlichen Senioren bei der Arbeit in den Gremien unterstützt, bzw. Hilfestellung leistet.

In den kommenden Sitzungen soll dann das Thema Seniorenmitwirkungsgesetz vertieft werden. Hintergrund dazu ist eine Gesetzesinitiative der SPD, sowie die geplanten Regionalkonferenzen des Sozialministeriums zu diesem Thema. Daneben will ich natürlich weiterhin darauf



hinwirken, dass uns die Möglichkeit wieder eröffnet wird, sich zu Gremiumssitzungen wieder persönlich austauschen zu können.

Bernd Fischer Vorsitzender des Beirats Vorstandsmitglied

## Kommunikation mit Videokonferenz "Zoom"

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Outlook, Facebook, Instagram und Co. hat ein neuer Begriff in unserem Sprachgebrauch Einzug gehalten: ZOOM. In den letzten Monaten der Corona Pandemie mussten wir alle lernen, Kontakte zu pflegen ohne einander zu sehen. Das Smartphone und das Telefon waren selbstverständlich, aber was war mit größeren Gruppen? Und wie konnte man sich dennoch auch mal sehen? Den Begriff "Videokonferenz" kennen wir aus den Nachrichten. Das Kanzleramt, die Ministerpräsidenten usw. kommunizieren aufgrund der aktuellen Lage per "VK".

Unter den vielen Systemen, die auf dem Markt sind, stellen wir Ihnen heute "ZOOM" vor. Es hilft Besprechungen schnell und unkompliziert durchzuführen, man hört und sieht sich, kann Dokumente während der Besprechung senden, kurzum, mit etwas Übung kann es zum selbstverständlichen Werkzeug für Jedermann werden!

Als Einstieg bietet diese Plattform online Schulungen an, die leicht verständlich sind. Melden Sie sich an, jeden Dienstag, es dauert keine Stunde! Sie werden sehen, mit etwas Übung macht es richtig Spaß. Einen Tipp: Üben Sie anschließend mit den ersten Kenntnissen mit einem Partner oder Freund vor einer ersten, richtigen Sitzung! Auch hier gilt: Übung macht den Meister! Natürlich verlangt gerade eine Online Besprechung Disziplin: bestimmen sie dazu einen Moderator, bereiten sie die Besprechungspunkte vor, die Sie vorab an alle Teilnehmer senden und begrenzen sie die Redezeit. Hier hilft ein sogenannter "Twitter-Modus": kurz und knapp.

Und wie geht es jetzt los? Den nachfolgenden Link im Internet aufrufen, <a href="https://zoom.us/dede/meetings.html">https://zoom.us/dede/meetings.html</a>, registrieren und mit der kostenfreien Version beginnen. Falls sie einen Moderator in Ihrer Gruppe haben und auch weiterhin Zoomen möchten ist meine Empfehlung, die kleinste kostenpflichtige Version zu erwerben!

Viel Spaß und Erfolg bei Ihren Videokonferenzen wünscht ihnen



Ihr Thomas John Vorstandsmitglied

Natürlich ein Sceenshot von meinem letzten ZOOM Meeting

### Wir hören zu und klären die Situation

## Krisendienst Psychiatrie unterstützt mit telefonischer und aufsuchender Hilfe

<u>Telefon: 0180 / 655 3000:</u> Der Krisendienst Psychiatrie steht allen Menschen, die durch die Corona-Krise in eine psychische Notlage geraten, mit Rat und Tat zur Seite. Die Leitstelle des Krisendienstes Psychiatrie ist täglich rund um die Uhr erreichbar.

Derzeit erreichen den Krisendienst durchschnittlich rund 133 Anrufe pro Tag. "Seit Beginn der Ausgangsbeschränkungen haben unsere Krisengespräche und die Einsätze der aufsuchenden Teams zunehmend Ängste rund um das Coronavirus zum Inhalt", schildert die Psychiaterin Dr. Petra Brandmaier, stellvertretende ärztliche Leitung der Leitstelle. In Zusammenhang mit besonderen Anlässen steigen die Anrufe stark an. Dies war beispielsweise unmittelbar nach der Verkündung der Ausgangsbeschränkungen der Fall. "Da haben den Krisendienst 184 Anrufe erreicht, es gab also einen deutlichen Anstieg", schildert Dr. Brandmaier. "Dafür sind wir gut gerüstet, ein Notfallplan ist erstellt und unsere sehr motivierten Mitarbeitenden stehen mit telefonischer und bei dringlichen Notlagen auch mit aufsuchender Hilfe zur Verfügung."



Wenn die Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen länger andauern, rechne die Leitstelle mit einer weiteren Zunahme der Anrufe. Durch die aktuelle Lage verstärken sich seelische Notlagen nicht nur bei Menschen, die bereits wegen entsprechender Erkrankungen in Behandlung sind. Auch Personen ohne begleitende andere psychosoziale Belastungen oder psychiatrische Erkrankungen erleben die derzeitige Situation als extrem belastend. "Meist

bringt ein sortierendes Gespräch mit uns eine gute Entlastung", erklärt Dr. Brandmaier. "Wir hören zu, fragen nach und klären mit den Anrufenden gemeinsam die Situation."

In selteneren Fällen, in denen das Gespräch nicht ausreicht, bietet die Leitstelle weiterführende Hilfen bei den Netzwerkpartnern an – unter anderem mobile Kriseneinsätze und Gesprächstermine bei regionalen Sozialpsychiatrischen Diensten (SpDi). Kriseneinsätze werden teilweise im Freien durchgeführt, um das Team und die Klienten zu schützen. Auch die persönlichen Beratungen in den SpDi sind ein wichtiger Baustein der Krisenhilfe bei akuten seelischen Notlagen. "Selbstverständlich werden überall die geltenden Hygienevorschriften eingehalten", versichert Dr. Brandmaier.Der Bezirk Oberbayern finanziert den Krisendienst Psychiatrie mit rund 7,4 Millionen Euro pro Jahr. Damit Ängste und Sorgen, die die Corona-Krise hervorrufen kann, nicht überhandnehmen, rät auch Bezirkstagspräsident Josef Mederer folgende allgemeingültige Empfehlungen zu beherzigen:

- 1. Dringende Beachtung der aktuell gültigen Regeln
- 2. Bewegung und Sport wie erlaubt
- 3. Beibehaltung einer Tagesstruktur oder entsprechende Planung einer angepassten Tagesstruktur
- 4. Soziale Kontakte aufrechterhalten mit den aktuellen Möglichkeiten (Telefon, Internet)

5. Vernünftiges Informationsverhalten, nicht ständige Beschäftigung mit dem Thema Corona

# In Zeiten von Corona – Aktion "Wir denken an Sie" Burgberg

Auf Anregung der Seniorenbeauftragten Erika Megerle, gab es am Freitag, 15. Mai, eine besondere Aktion für die "Generation 80 plus" in unserer Gemeinde.



Über 20 ehrenamtliche, in der Seniorenarbeit engagierte, Helferinnen und Helfer trafen sich bei Blumen Grimmer um gelbe, rosafarbene und weiße Margaritenblumen Pflanzen abzuholen und den 174 über 80 jährigen Seniorinnen und Senioren in Burgberg vorbei zu bringen.

Dabei hatten die Helferinnen und Helfer einen gemeinsam verfassten Brief von Bürgermeister André Eckardt und dem ehemaligen Bürgermeister Dieter Fischer. In Schreiben ihrem an die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger brachten beide zum Ausdruck, dass die Gemeinde ihre Seniorinnen und Senioren in Zeiten von Corona nicht vergisst.

Auch wenn durch die Corona Einschränkungen momentan keine Aktivitäten und Veranstaltungen für die Älteren angeboten

werden können. Mit dem Blumengruß und dem Anschreiben wollten André Eckardt und Dieter Fischer ein kleines Zeichen setzen: "Wir vergessen Sie nicht – wir denken an Sie". Erste Rückmeldungen von Seniorinnen und Senioren zeigen, dass der Blumengruß eine schöne Überraschung war und mit Freude angenommen wurde.

## **Information zum Seniorentag Bad Windsheim**

Dieses Jahr wird es am 23. September keinen Seniorentag im Kur- und Kongress-Center geben. Das haben die Vorsitzenden des Seniorenrats Bad Windsheim, Erika Reichert und Reinhard Hielscher, nach einem Gespräch mit KKC-Verantwortlichen beschlossen.

Angesichts der Covid 19-Pandemie sehen sich die Organisatoren außerstande, während der Veranstaltung die Sicherheit der Gäste vor Ansteckung zu garantieren. Bekanntlich kommen zum Seniorentag jedes Jahr mehrere Hundert Besucher, die sich bei rund 40 Ausstellern über Produkte und Dienstleistungen informieren, die für Senioren von Interesse sind. Auch das angebotene Rahmenprogramm mit Unterhaltung und Information wird gern angenommen.

Doch da sowohl die Gäste, als auch die ehrenamtlich tätigen Organisatoren des Seniorenrats zur Risikogruppe der älteren Menschen zählen und strenge Auflagen (Hygienekonzept) zu erwarten wären, ließe sich der Charakter der Veranstaltung unter diesen Umständen nicht aufrecht erhalten.

Als prominenten Gast und Redner hatte der Seniorenrat dieses Jahr den Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO), Franz Müntefering, eingeladen. Er hatte bereits zugesagt. Nun wird versucht, seinen Besuch in Bad Windsheim auf das nächste Jahr zu verschieben. Der Termin steht bereits fest: 22. September 2021.

Frank Lauer

## **Erfolgreiche Aktion vom Seniorenbeirat Hohenbrunn**

In den letzten Wochen waren die Aktivitäten vom Seniorenbeirat Hohenbrunn durch Corona stark eingeschränkt. Um auch in diesen Zeiten unserer Aufgabe gerecht zu werden, beteiligen wir uns an der Maskenproduktion für die Senioren. Frau Dohrer hat zahlreiche Stoffmasken geschneidert, die an

können.

Senioren aus Hohenbrunn kostenlos abgeben wurden.

Frau Dohrer beim Nähen der Stoffmasken



Die Aktion lief erfolgreich und wird noch fortgesetzt. In der Summe haben wir bereits an die hundert Masken verteilen

## **Nachruf Ernst Rauh**

Am 10.04.2020 verstarb Herr Ernst Rauh. Er war Gründungsmitglied und seit März 2017 Vorsitzender des Seniorenbeirats der Stadt Neusäß, dazu auch Mitglied in der Landesseniorenvertretung Bayern. Durch sein Wirken hat er die Seniorenarbeit der Stadt wesentlich mitgeprägt.

"Im Vorfeld der Gründung des Beirates stand Ernst Rauh eines Tages unvermittelt vor meiner Tür, um seine Mitarbeit anzubieten. Ein Angebot, das ich natürlich sehr gerne angenommen habe", erinnert sich Erster Bürgermeister Richard Greiner. Gemeinschaftlich habe man dann erste Ideen entwickelt und die neue Form des Zusammenschlusses vorangetrieben. "Ernst Rauh war ein engagierter Vertreter der Anliegen der älteren Generation, immer hilfsbereit und mit



einem realistischen Blick für das Machbare", so Greiner. So konnten einige Verbesserungen z. B. bei der Barrierefreiheit erreicht werden. Auch Themen wie der Rollatorführerschein lagen ihm am Herzen, die er ebenso ernst genommen habe wie persönliche Fortbildungen und Tagungen, an denen er regelmäßig teilnahm.

Besonderes Augenmerk legte der leidenschaftliche "Teamworker" stets auf das Verbindende und den Austausch mit anderen Menschen. So gestaltete er beispielsweise auch mit dem Jugendbeirat eine gemeinsame Bude auf dem Weihnachtsmarkt, um gemeinsam für beide Projekte zu werben. Auch für dieses umfassende Engagement gebührt ihm Dank und Anerkennung.

Ein besonderer Höhepunkt seiner Arbeit war für Ernst Rauh die Jahrestagung der Landesseniorenvereinigung Schwaben in Neusäß-Steppach am 23.10.2019. Obwohl gesundheitlich bereits angeschlagen, ließ er es sich nicht nehmen, die Veranstaltung zusammen mit dem Fachamt der Stadt Neusäß vorzubereiten und die z. T. von weit her angereisten Teilnehmer als fürsorglicher Gastgeber durch den Tag zu begleiten.

Unser besonderes Mitgefühl gilt seiner Frau Ingeborg und den Angehörigen. Die Stadt Neusäß wird dem ersten Seniorenbeiratsvorsitzenden von Neusäß ein ehrendes Andenken bewahren.

#### Infos

#### Aktuelle Informationen zu unseren Veranstaltungen:

#### Beirat

14.10.2020, Coburg

### **Sozialpolitischer Ausschuss**

15.07.; 21.10.2020, München

#### Bezirksversammlungen

Schwaben, 17.06.2020, Aichach - ABGESAGT neuer Termin folgt! Mittelfranken, 24.06.2020, Fürth - ABGESAGT neuer Termin folgt!

#### Bundesseniorenkongress - Teilhabe in einer sich digital verändernden Welt

1./2. Oktober 2020 in Berlin – siehe Flyer in der Anlage.

Informationsquellen zur Corona-Virus-Pandemie:

www.stmas.bayern.de
www.stmgp.bayern.de
www.bundesgesundheitsministerium.de
Bayerische Landesärztekammer
Robert-Koch-Institut
www.infektionsschutz.de



**Geschäftsstelle**: Frau Obst ist im Homeoffice und telefonisch und per Mail zu erreichen. Vom 15. bis 26. Juni ist die Geschäftsstelle geschlossen.

Wenn Sie unseren Infobrief nicht mehr erhalten wollen: Mit einer Email an seniorenvertretung-bayern@lsvb.info können Sie sich vom Mailing-Verteiler abmelden!

Herausgeber: Franz Wölfl, Vorsitzender, LandesSeniorenvertretung Bayern e.V., Schellingstr. 155, 80797

München, Telefon: 089 954 756 990, seniorenvertretung-bayern@lsvb.info

Redaktion: Gabriele Obst, Geschäftsstellenleiterin

Dieses Projekt wird gefördert von:



Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

Fotos: LSVB, Presse Stadt Neusäß, Seniorenbeirat Hohenbrunn, Erika Megerle, Sabine v. Erp/Pixabay